

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 44 (1964-1965)
Heft: 11

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

SUKARNOS GEWAGTES SPIEL

Um die Jahreswende hat sich die Krise in Südostasien in folgenschwerer Weise verschärft. Der Präsident Indonesiens, *Sukarno*, hat die Wahl Malaysias in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zum Anlaß genommen, seinen Austritt aus der UNO zu erklären. Es ist das erste Mal seit ihrer Gründung im Jahre 1945, daß ein Mitglied der Organisation den Rücken kehrt. Beängstigende Parallelen zum Völkerbund werden in Erinnerung gerufen, dem in den dreißiger Jahren eine Nation nach der andern die Absage erteilte und damit den Versuch der Schaffung eines weltweiten Systems der kollektiven Sicherheit zum Scheitern brachte.

Indonesien und Malaysia

Der asiatische Konflikt, der sich jetzt in so dramatischer Weise zugespitzt hat, muß im Rahmen der Bemühungen des Westens, das Vordringen des Kommunismus in Südostasien einzudämmen, gesehen werden. Seit dem Sieg Mao Tse-tungs über Tschiangkai-schek auf dem chinesischen Festland setzt Peking mit zäher Konsequenz die *Infiltration* der China benachbarten Länder im südostasiatischen Raum durch. 1954 fielen den Kommunisten die nordöstlichen Gebiete des französischen *Indochina* in die Hand. Die USA, welche die nach Frankreichs Abzug entstandene Lücke auszufüllen suchten, hatten in Hinterindien mit steigenden Schwierigkeiten zu kämpfen. *Laos* wurde nach der Genfer Konferenz des Jahres 1962 neutralisiert, Kambodscha geriet unter Prinz *Norodom Sihanouk* immer stärker in ein antiamerikanisches Fahrwasser, und in Südvietnam, wo die Amerikaner direkt militärisch engagiert waren, sahen sie sich nicht nur mit einer nicht endenden Folge innenpolitischer Wirren, Militärrevolten und Staatsstreichen konfrontiert, sondern auch mit den von Nordvietnam unterstützten Vietcong-Verbänden, die

im Dschungel einen langwierigen Guerillakrieg entfesselten, dessen Ende auch heute nicht abzusehen ist.

Dieser Aufweichung des politisch wie strategisch wichtigen Glacis in Südostasien suchte *Großbritannien* einen rückwärtigen Damm zu setzen durch die Schaffung des Staates *Malaysia*, zu dem sich im September 1963 die ehemaligen britischen Kolonien und Schutzgebiete Malaia, Singapore, Sarawak und Nordborneo zusammenschlossen. Das ölreiche Sultanat Brunei auf Borneo, das ursprünglich ebenfalls der Föderation hätte angeschlossen werden sollen, zog wenige Monate vor der Gründung des neuen Staates seine Beteiligung zurück.

Malaysia, unter der Führung des dem Westen verpflichteten Premierministers von Malaia, *Tunku Abdul Rahman*, stieß von Anfang an auf die Feindschaft Indonesiens; denn der neue Staat, der mit der zentralen Bastion *Singapore* den Zugang zum Indischen Ozean beherrscht, bedeutete nicht nur eine Abwehr gegenüber dem kommunistischen Vormarsch aus dem Norden, sondern ebenso sehr gegen den indonesischen Expansionswillen im Süden. Sukarno hat in den Monaten der Jahre 1962 und 1963, in denen das Projekt Malaysia heranreifte, alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Schaffung der Föderation hinauszuzögern oder wenn möglich ganz zu verhindern. Als ihm dies nicht gelang, begann er eine Art *unerklärtten Krieges* gegen Malaysia zu eröffnen. Indonesische Guerillas infiltrierten Sarawak und landeten in Malakka, um hier einen Malaysias Kräfte verzehrenden Dschungelkampf zu entfachen. Die größte dieser Landungen erfolgte am 2. September 1964 in *Jobore*. Malaysia rief den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen an, der aber zu keinem Beschluß kommen konnte, da die *Sowjetunion* durch ihr Veto die Annahme einer Indonesien in milder und verklausulierter Form verurteilenden Resolution verhinderte.

Flucht in die Expansion

Wenn Sukarno durch seinen spektakulären Austritt aus den Vereinigten Nationen dem bisher wenig erfolgreichen Kampf seiner Guerillas in Malakka und auf Nordborneo neuen Auftrieb zu geben hoffte, so dürfte dies doch nicht der ausschlaggebende Grund für seinen Schritt gewesen sein. Sukarno steht unter dem Druck der *wirtschaftlichen Misere*, in der sich sein Land chronisch befindet. Durch eine unfähige Verwaltung und eine überdimensionierte Aufrüstung ist Indonesien — eines der wirtschaftlich reichsten Gebiete der Erde — in eine Situation manövriert worden, aus der sein Herrscher das Heil nur noch in einer Flucht in die Expansion sieht. Sukarno hat das bereits einmal demonstriert, als er den Holländern die letzte ihnen verbliebene Kolonie des ehemaligen Niederländisch-Indien auf *Neu-Guinea* entriß. Der Fesseln, die ihm die Vereinigten Nationen damals anlegten — Plebiszit im Jahre 1969 — hat er sich nun durch den Austritt aus der UNO in leichter Weise entledigt. Auf das Abenteuer in Neu-Guinea folgte kurz darauf der Konflikt mit Malaysia, in welchem der indonesische Präsident dem inneren Druck durch Öffnung eines Ventils nach außen Luft verschaffen möchte. Über dem Schlachtruf «Ganjag Malaysia» (Zertrümmert Malaysia) soll das indonesische Volk von seinen inneren Schwierigkeiten und Sorgen abgelenkt werden — ein Rezept, das seit jeher zum Repertoire einer abenteuerlichen Politik gehört.

Peking im Hintergrund

Sukarnos gewagtes Spiel erhält einen um so gefährlicheren Charakter, als Indonesien sich damit bewußt herbeigelassen hat, zum *Schrittmacher Pekings* zu werden. Auch hier spielen innenpolitische Motive mit. Indonesien hat die *größte kommunistische Partei Asiens* außerhalb Chinas. Die Kommunisten sind mit drei Ministern in der Regierung vertreten. Sie bilden — neben der Armee — die wichtigste Stütze des Regimes Sukarno. In

dem ideologischen Konflikt zwischen Moskau und Peking haben sich die indonesischen Kommunisten unter Führung *Aidits* eindeutig auf die chinesische Seite geschlagen. Wenn Sukarno nun so demonstrativ die Türe in New York zugeworfen und damit den an einer schweren Finanzkrise laborierenden Vereinigten Nationen einen weiteren harten Schlag versetzt hat, so geschah es zweifellos in Übereinstimmung mit den Intentionen Pekings, das den Vereinigten Nationen nicht angehört und dem jede Schwächung der UNO selbstverständlich willkommen ist.

Großbritanniens Reaktion

Die britische Labour-Regierung, die noch immer mit ihren Startschwierigkeiten zu kämpfen hat, reagierte prompt auf die neue Bedrohung Malaysias. Die britischen Truppen im Fernen Osten wurden verstärkt; sie sollen heute eine Kampfkraft erreicht haben wie kaum je seit 1945. Großbritannien hat damit seiner Konzeption getreu gehandelt, den Verteidigungsschwerpunkt in die Gebiete *östlich von Suez* zu verlegen, und zweifellos ist das eine Sprache, die Sukarno stärkeren Eindruck macht als irgendwelche Beschlüsse oder Proteste internationaler Gremien. Die britische Präsenz in Singapore bedeutet für den Augenblick bestimmt einen *Faktor der Stabilität*. Fraglich bleibt nur, ob Großbritannien die übernommenen Verpflichtungen auf die Dauer zu halten vermag. Zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres wird es durch Peking zu einem starken Engagement auf dem Gebiet seines ehemaligen Kolonialreiches gezwungen. Im Januar 1964 war es die Intervention in *Ostafrika*, als gleichsam als Kettenreaktion einer von prochinesischen Elementen angestifteten Revolte in Sansibar Truppenmeutereien in Tanganjika, Kenya und Uganda unterdrückt werden mußten. Im Januar 1965 schützt Großbritannien Malaysia vor dem von Peking unterstützten Indonesien. Ein gefährlicher Abnutzungsprozeß, der die britische Macht einer schweren Belastungsprobe aussetzen dürfte, zeichnet sich ab.

Der Kurs Präsident Johnsons

Angesichts der labilen Stärke Großbritanniens drängt sich die Frage nach der Haltung der mächtigsten Nation des Westens auf. *Johnson* hat in seiner am 4. Januar dem amerikanischen Kongreß vorgelegten «State-of-the-Union»-Botschaft erneut die amerikanischen Verpflichtungen in allen Teilen der Welt bekräftigt und vor allem auch das *Engagement in Asien* bestätigt. Die Sicherheit der Vereinigten Staaten, sagte Johnson, hänge vom Frieden in Asien ab. «Zweimal in einer Generation mußten wir gegen die Aggression im Fernen Osten kämpfen. Die Aggression ignorieren hieße lediglich, die Gefahr eines größeren Krieges heraufbeschwören. Unser Ziel in Südostasien ist der Friede, aber er wird nur kommen, wenn die Aggressoren ihre Nachbarn in Ruhe lassen. Es geht um die Sache der Freiheit. In dieser Sache wird man uns niemals pflichtvergessen finden.»

Die entschlossenen Worte des amerikanischen Präsidenten können nicht darüber hinwegtäuschen, daß der außenpolitische Teil seiner «State-of-the-Union»-Botschaft außerordentlich knapp und substanzarm ausgefallen ist. Der Pragmatiker Johnson verzichtet auf den Schwung großartiger Konzeptionen. Es geht ihm darum, Schritt für Schritt jenen *Kurs der Entspannung* weiterzuführen, der seinen Anfang in den letzten Jahren der Eisenhower-Administration nahm und den Kennedy fortsetzte. In welchen Formen und in welcher Weise diese Entspannung erreicht werden soll, deutet Johnson nur an. Er spricht von friedlichen Übereinkünften mit der Sowjetunion, um die Gefahren für die Freiheit zu vermindern, und von der Notwendigkeit, sich gegenseitig besser kennen zu lernen. Das weist auf die Absicht hin, Kontakte auf höchster Ebene wieder aufzunehmen — ein Unterfangen, das nach der raschen Verflüchtigung des Geistes von Camp David im Frühjahr 1960 recht problematisch erscheinen muß.

Da im außenpolitischen Teil von Johnsons Regierungsprogramm nur ein geringer Hauch von Originalität zu verspüren ist, darf man es wohl dahin interpretieren, daß der neue Präsident, der immerhin schon vierzehn Monate amtiert, das ihm vom amerikanischen Volk in so eindrücklicher Weise verliehene Mandat im Sinne der *Kontinuität* ausüben wird. Die «State-of-the-Union»-Botschaft könnte die Vermutung nahelegen, daß der Präsident gewillt sei, das Schwergewicht seiner Administration auf die *Innenpolitik* zu legen. Zu innenpolitischen Fragen äußert sich Johnson konkreter. Hier taucht sogar die Vision einer «Grand Society» auf, einer großen und guten Gesellschaftsordnung, in der die Wirtschaft am Prosperieren erhalten werden soll, die Armut bekämpft wird und die Lebensbedingungen für alle Amerikaner verbessert werden. Ein umfangreiches Sozial- und Wirtschaftsprogramm, dessen erste Botschaften der Präsident unmittelbar nach dem 4. Januar dem Kongreß zugehen ließ, konkretisiert diese Absichten Johnsons.

Die Fülle der Aufgaben, welche der Administration Johnson in den kommenden vier Jahren innenpolitisch erwachsen werden, können jedoch die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß von einem Primat der Innenpolitik keine Rede sein kann. Die Vereinigten Staaten als stärkste Macht des Westens sind untrennbar mit dem Schicksal aller freien Nationen verknüpft. Oder wie Johnson es in der «State-of-the-Union»-Botschaft formulierte: «Heute hängt die Lage der Union weitgehend von der Weltlage ab. Unsere Sorge und unser Interesse, unser Mitleid und unsere Wachsamkeit erstrecken sich in jeden Winkel eines immer mehr zusammenschrumpfenden Planeten.» Amerika kann sich dieser Gemeinschaft nicht entziehen, so wenig wie die einzelnen Länder der freien Welt sich in eine selbstgewählte Isolierung begeben können.

Fabius

Tschombe in Paris

Der überaus entgegenkommenden Haltung der französischen Regierung gegenüber den Entwicklungsländern scheint einigen Beobachtern die Tatsache zu widersprechen, daß de Gaulle einen in manchen farbigen Republiken verschrieenen Regierungschef empfang, den die meisten politischen Führer Afrikas moralisch desavouieren. Die algerische Presseagentur, die Tschombe gegenüber besonders ausfällig ist, bemüht sich, in verschiedenen afrikanischen Staaten Proteste gegen den kongolesischen Politiker auszulösen, dem man an der letzten Konferenz der blockfreien Staaten in Kairo einen Sitz verweigerte. Gleichzeitig scheint sich aber bei einigen schwarzen Führern Afrikas und Madagaskars ein Meinungsumschwung abzuzeichnen — zum Beispiel bei Tsiranana, Senghor, Grunitzky, Diori Hamani — die, ohne zu Zögern, die Aktion der belgischen Fallschirmjäger im Kongo billigten. Sie sahen ein, daß die Zukunft ganz Schwarzafrikas auf dem Spiel stand und Tschombe, die letzte Chance des Kongos, das «unbestreitbare Recht» habe, «eine dem allgemeinen Wohl nützliche Hilfe im Ausland zu erbitten». Der Brand im Kongo steht im Begriff, sich über die Grenzen des jungen Staates auszubreiten. Bruderkriege treiben bereits die Bevölkerung von Ruanda und Burundi gegeneinander. In Tanganjika prallen Anhänger und Gegner der gemäßigten Politik des Präsidenten Nyerere aufeinander, wobei bald auch Blut fließen könnte. Es scheint, daß der französische Staatschef diesen Alarmruf vernommen hat, wie man auf Regierungsebene vielleicht auch eingesehen hat, daß die Zusammenarbeit mit Ben Bella, wie sie an höchster Stelle nach Abschluß des algerischen Krieges geplant wurde, dazu geführt hat, Europa einer andauernden Bedrohung auszusetzen.

Es gibt einen anderen Aspekt des Kongo-problems, der alle am schwarzen Afrika interessierten europäischen Mächte betrifft: die russisch-chinesische Rivalität, die sich bei den Kongorebellen in der Form von Russen-

und Chinesenanhängern äußert. In unserer Chronik in der Märznummer 1964, S. 1255, wiesen wir auf Somaliland hin als das Sprungbrett der fernöstlichen Eroberung des afrikanischen Kontinents. Trotz aller unleugbaren Rivalität haben die beiden in Mogadiscio vertretenen kommunistischen Mächte Afrika in Einflußzonen aufgeteilt, mögen sie auch an Eifer und Hinterlist bei der Verfolgung ihrer Ziele sich gegenseitig überbieten. Der Westen sollte Tschombe bei der Konsolidierung der Macht seiner Regierung in Léopoldville helfen und ihm jede notwendige Unterstützung angedeihen lassen, um die letzten Bastionen der Rebellen zu vernichten. Der im Lager der Aufständischen «Präsident» genannte G'benye gehört zu den Russophilen und erklärt heute, er lehne die systematische Ermordung der weißen Geiseln ab. Pierre Mulele hingegen, den Peking unterstützt, befürwortet den hemmungslosen Guerillakrieg und die Ausrottung aller Europäer. Verbissene Kämpfe zerfleischen mit unerhörter Wildheit die beiden Parteien. Im Innern des Kongokrieges brach somit ein noch wahnwitzigerer zweiter Bürgerkrieg aus, hinter dem China und Rußland stehen, welche die Verfeindung der aufständischen Schwarzen auszunützen trachten, um an ihrer Stelle die eigene Hegemonie errichten und den gemeinsamen Feind zu liquidieren: den Europäer.

Wird Schwarzafrika rot werden? Die Zukunft wird diese Frage beantworten. Heute kann man nur hervorheben, daß so einsichtige Männer wie Léopold Senghor im Senegal und Houphouët-Boigny an der Elfenbeinküste, deren Bindung an Europa und vor allem an Frankreich unbestritten ist, sich durch kein noch so geschicktes kommunistisches Manöver einschüchtern lassen werden. Indem sie zusammen mit dem madegassischen Staatspräsident Tsiranana unverhohlen Tschombe unterstützten, gaben sie dem temperamentvollen Führer von Katanga eine gewichtige Bürgschaft. Damit erleichterten sie auch de Gaulles Aufgabe, dessen persönliches Ansehen in den gesamten Entwicklungsländern beträchtlich ist. Wenn unsere

Informationen zutreffen, wartet dieser nur den Augenblick ab, in Afrika die seinen großen Zielen gemäße Karte auszuspielen.

Frankreichs Haltung in der Kongofrage hat sich nicht verändert und läßt sich mit dem Leitwort Nichteinmischung zusammenfassen. Das erklärte der französische Staatschef Tschombe mit klaren Worten bei dessen Besuch im Elysée. Die französische Regierung ist indessen immer bereit, die zwischen den beiden Ländern bestehenden Probleme der Hilfe und Zusammenarbeit zu prüfen. Man kann annehmen, daß Tschombe zu Verhandlungen mit Frankreich um so geneigter ist, als auf der anderen Seite des Stromes, im ehemaligen französischen Kongo, eine grauenhafte innere Krise ausgebrochen ist. Ihre im ganzen Land spürbare prärevolutionäre Stimmung, vorab wegen der Anwesenheit der Chinesen, die um Fort-Rousset an der Arbeit sind, lassen die schlimmsten Wirren und schwierigsten internationalen Komplikationen voraussehen.

Schmerzenvolles Paradox Kongo

Nach seiner kürzlichen Behandlung in der UNO-Vollversammlung ist dieses Problem aktueller denn je. Tatsache ist, daß in Frankreich die internationalen Angelegenheiten den inneren Problemen des Landes vorangehen und diese auf den zweiten Platz der politischen Aktualität verweisen. Die Kämpfe um Stanleyville und im ganzen mittleren Kongobecken geben zu erkennen, daß der Bürgerkrieg keineswegs gemeistert wurde, trotz aller zuversichtlichen Kommentare anläßlich der mutigen belgischen Intervention, welche die Brüsseler Regierung unter dem Druck der internationalen Meinung abbrechen mußte. Neu und für die meisten Beobachter staunenswert ist die unleugbare Autorität, die sich Tschombe in kurzer Zeit erwarb, er, der lang Gehäßte und heute bei drei Vierteln des Landes Angesehene. Tschombe erscheint der Kongobevölkerung nämlich als der starke Mann, dessen Autorität Eindruck macht. Mit unglaublicher Unbekümmertheit forderte er die Staatskanzleien der ganzen Welt heraus, bot den Vereinigten Nationen die Stirn, provozierte

Nasser auf der Konferenz von Kairo und zwang schließlich seine Gegner zum Rückzug. Geschickt und bei Gelegenheit zynisch, schmückte er gleich nach seiner Machtübernahme Lumumbas Grab in Stanleyville. Daß er damals im Triumph von jenen getragen wurde, die tags darauf zur Rebellion überliefen und ihn verrieten, verwundert nur den, der die Unbeständigkeit der afrikanischen Massen nicht kennt.

Über seine Anhänger macht sich Tschombe keine Illusionen, sondern setzt vielmehr auf die politische Schwäche seiner in viele Splittergruppen zerfallenen Gegner, deren vorübergehende Anführer periodisch von ihren Truppen abgesetzt oder massakriert werden. Als gewiegter Afrikaner schlägt er die Bedeutung des Stammeseinflusses hoch an, bedient sich seiner in den günstigen Fällen und berücksichtigt in den Dörfern die Stammeshäuptlinge um so mehr, als er über deren Komplizität mit den Aufständischen im Bild ist. Auf Einwände gegen diese Regierungsweise würde er ohne zu zögern erwidern, Not breche jedes Gesetz. Die heutigen Zustände im Kongo verlangen, ob man will oder nicht, ein solches System; wie Tschombe anders handeln könnte, läßt sich nicht erkennen. Mit unerschütterlicher guter Laune führte er seine Europatournee durch. Von General de Gaulle und vom Papst empfangen, fand er in Bonn beim Bundespräsidenten eine herzliche Aufnahme und das Versprechen einer Finanzhilfe. Keiner der kongolesischen Leader, Joseph Kasavubu, Adoula, Bomboko, scheint im übrigen geneigt, ihn zu mißbilligen. Die militärischen Führer ausgenommen, die mittels Terror sich an der Spitze der Rebellion halten und unter der Hand von Moskau und Peking unterstützt werden, bleibt Tschombe der kühne Mann, der allem die Stirne bietet und als das geringere Übel erscheint. Für wie lange, läßt sich freilich nicht leicht voraussagen, denn die Rebellen fallen aus ihren Schlupfwinkeln im Urwald die nationale Armee an und bereiten ihr Schwierigkeiten.

Eine Tatsache darf nicht unerwähnt bleiben, die dieser komplexen Lage ein weiteres Paradox hinzufügt: der Außenhandel des Kongos blüht. Indem sie über Handelskurse

und Devisenoperationen Herr blieben, behielten die großen ausländischen Gesellschaften den wirtschaftlichen Schutz über den gesamten Kongo. Der letztes Jahr gestiegene Export setzt sich aus Produkten des Bergbaus und der europäischen Plantagen zusammen, die bisher unter dem Bürgerkrieg nicht gelitten zu haben scheinen.

Dennoch ist die Rebellion, mag sie auch gescheitert sein, noch nicht gebannt. Im Norden und Nordosten des Landes, wo er sich durch besondere Härte auszeichnet, trägt der Aufstand nicht so sehr die Züge einer Kriegshandlung im eigentlichen Sinn, als vielmehr die eines der ganzen afrikanischen Bevölkerung eigenen Geisteszustandes. Congo-Brazzaville wirkt mit seiner unentwirrbaren inneren Unordnung, die das Land an den Rand der Anarchie und des Ruins zu bringen droht, auf diesen Tatbestand ein. So wird man nicht umhin können, festzustellen, daß die tragische Lage, der sich Tschombes Regierung gegenüber sieht, viel Verwandtes hat mit derjenigen Frankreichs vor kurzem in Algerien und Amerikas in Vietnam. Wenn in einem unterentwickelten Gebiet die militärische Gewalt nicht mehr ausreicht, um die Ordnung herzustellen, drängt sich eine politische Lösung auf. In dieser Hinsicht scheinen die üppigen Mandarine von Saigon nicht wirksamer als die Kannibalen von Stanleyville. Brillante Ausnahmen ausgenommen gereicht die oberflächliche und überstürzte Entkolonisierung den Einheimischen nicht zum Vorteil. «Besser eine Ungerechtigkeit als eine Unordnung» sagte Goethe; dies weise Wort ist heute vergessen.

Ein Fehler westlicher Optik

Als seinerzeit die «Loi Defferre» im Parlament diskutiert wurde, welche den französischen Kolonien ihre ersten Einrichtungen gab und autonome Staaten aus ihnen machte — die späteren unabhängigen afrikanischen Staaten —, protestierte Léopold Senghor gegen diese angezeigte Maßnahme. In den Augen des Abgeordneten des Senegal, heute Präsident der Republik, schien Frankreich durch die Schaffung junger Staaten das schwarze Afrika zu «balkanisieren». Es

wäre nach seiner Meinung besser gewesen, die seit Jahren bestehenden großen Verwaltungseinheiten Französisch-Äquatorial- und Westafrikas weiter bestehen zu lassen.

Vergleicht man die Situation im ehemaligen belgischen und französischen Kongo, so kommt dem Betrachter ein Gedanke, der im Gegenteil für diese «Balkanisierung» spricht, welche der senegalesische Staatsmann angriff, der Professor an der Sorbonne, Minister in verschiedenen französischen Kabinetten war und für sein literarisches Werk schmeichelhafte Auszeichnungen erhielt. Selbst wenn die französischsprachigen Staaten des schwarzen Afrikas eines Tages innere Wirren in Form von Komplotten und Aufständen kennen sollten, sind in diesen Jahren relativer Ruhe politische Führungskräfte ausgebildet, in Dakar, Abidjan, Yaoundé und Tananarive Universitäten eröffnet worden, zum großen Nutzen der lernbegierigen Schwarzen.

Warum erfüllten die nach dem Rahmengesetz von 1954 geschaffenen afrikanischen Staaten ihre Aufgabe besser als der kongolesische Staat, den die Belgier zurückließen? Der Grund muß unserer Meinung nach in der Tatsache erblickt werden, daß im französischen Afrika, wie man einst sagte, mag der Ausdruck uns heute auch lächerlich dünken, kleine Staaten, vierzehn an der Zahl, gebildet wurden, die der geographischen und ethnischen Aufteilung folgten, welche das Kolonialreich im großen ganzen immer respektiert hatte. Die geographischen und demographischen Ausmaße dieser nun souveränen Staaten überschritten die politischen Fähigkeiten der Afrikaner nicht. Diejenigen, welche kraft der französischen Verfassung von 1946 während zwölf Jahren ermächtigt waren, in Frankreichs parlamentarischen Versammlungen zu sitzen, erwarben sich dort eine politische Bildung von der ihr Land heute profitiert.

Die belgischen Verdienste im Kongo, vorab den bemerkenswerten wirtschaftlichen Aufschwung, den sie ihm zu geben verstanden, schmälert nicht, wer sagt, diese Einheit sei ihr ausschließlich belgisches Werk gewesen, das nach ihrem Abzug keinen Bestand mehr hatte. Als sie die Regierungsgewalt

dieses gewaltigen Territoriums Einheimischen überließen, die in Léopoldville, aber kaum außerhalb, herrschten, war die Ablösung der Abziehenden nicht gewährleistet, deren Verdienste als Verwalter und erfahrene Techniker im lokalen Umkreis nichts Vergleichbares haben. Wen wundert es, daß die verschiedenen ethnischen Gruppen angehörende kongolesische Bevölkerung, einmal sich selbst überlassen, nach dem überstürzten Auszug des ausländischen Einigers nicht Führer anerkennen wollte, die ihnen meist unbekannt waren und in Léopoldville sich als Herrschaftsmittel hauptsächlich der Diktatur und der Androhung von Gewalt bedienten.

Die westliche Hilfe für die Regierung des Kongos scheint erfolglos, weil sie nichts anderes tut, als ein Gebäude zu stützen, das zusammenbricht. Man muß wohl zugeben, daß alles, was die Politiker taten, die sich seit der Unabhängigkeit des kongolesischen Staates am Steuer ablösten, Schiffbruch erlitt. Tatsache ist, daß keiner versucht hat — Lumumba, der enttäuschende Phrasenmacher an der Spitze —, dem Land eine echt kongolesische Struktur zu geben. Die belgische Organisation, beachtenswert vom Standpunkt der rentablen Bebauung einer erstklassigen Kolonie, scheint keinen Augenblick den Weg des Kongos zur Unabhängigkeit vorausgesehen zu haben. Hier liegt vermutlich der springende Punkt. Plötzlich erhoben sich die vermischten und chaotischen Elemente eines primitiven Volkes gegen die Politiker, die sie für Fremde oder für Komplizen der Weißen halten. Die genasführte Bevölkerung hat sich an ihnen gerächt. Das war vorherzusehen.

Die Force de frappe

Viele Zweifel befallen in diesen Tagen die französischen politischen Kreise hinsichtlich der Force de frappe, wie sie von der Regierung verfochten wird. Wird ihre Wirksamkeit den Schutz des Landes gewährleisten? Das wenigste, was man sagen kann, ist, daß die Meinungen geteilt sind und daß vor allem das technische Problem im Lauf der letzten Monate ein besonderes Politikum wurde.

Mehr eine Sache des Prestiges als der Wirksamkeit, werde sie allein, versichert man, den Schutz Frankreichs nicht übernehmen können. In einem allfälligen Konflikt mit Rußland sind sich die Experten über ihre geringen Nutzen einig. Wenn Frankreich 1973 die berühmten Thermonuklearwaffen besitzen wird, aus wie vielen analogen oder stärkeren Raketen wird sich dann das sowjetische Arsenal zusammensetzen? Die Frage stellen, heißt sie beantworten. Bedenkt man, daß Amerika heute tausend Atombomben besitzt, kann man voraussehen, daß sie in neun oder zehn Jahren wie die Russen bedeutende Fortschritte in der Bombardierung durch Satelliten gemacht haben werden. Der in gewissen Kreisen eingestandene Wunsch, um jeden Preis auf Amerika verzichten zu wollen, wird er denn von den Verbündeten Frankreichs geteilt? In diesem Punkt gilt es, jede Illusion auszuschließen. Wie man weiß, hat nicht nur Deutschland mit den Amerikanern direkt verhandelt, auch Italien, das nicht glaubt, sich noch auf lange hinaus mit seiner eigenen militärischen Kraft verteidigen zu können, scheint kaum entschlossen, den heutigen Standpunkt der französischen Regierung zu teilen. An die sogenannte europäische Force de frappe glaubt kein Partner Frankreichs ernsthaft genug, um in einen Bruch mit Amerika und ebenso wenig mit England einzuwilligen. Soll man daran erinnern, daß sich der britische Premierminister unumwunden die amerikanische Konzeption zu eigen gemacht hat, wonach *die Sicherheit des Westens unteilbar ist* und er sich für eine multilaterale Streitmacht in atlantischem Rahmen ausgesprochen hat?

In Tat und Wahrheit verschleiern die Meinungsverschiedenheiten über die Force de frappe tiefe politische Uneinigkeiten über Wesen und Aufgabe des atlantischen Bündnisses. Die Gegner der MLF bringen die Ansicht vor, die militärische Hegemonie Amerikas über Europa werde dadurch noch verstärkt. In seiner Straßburger Rede, deren gemäßiger Ton gelobt wurde, regte de Gaulle eine grundlegende Reform an, welche an die Stelle dieses amerikanischen Übergewichts den Gedanken eines unter der französischen sogenannten «Abschreckungsmacht» orga-

nisierten Europas setzt. Wenn nun einige europäische Verbündete vom jetzigen amerikanischen Projekt nicht ganz befriedigt sind, wird doch mit Gewißheit kein einziger bereit sein, um den Preis seines Bündnisses mit den USA den französischen Vorstellungen zu folgen. Mit anderen Worten: den Gedanken einer europäischen Gemeinschaft, deren Verteidigung unabhängig von der Militärmacht Amerikas wäre, würde keiner annehmen. Das drückte der Sozialist Montalet nicht ohne Humor im französischen Parlament so aus: «Unsere Nachbarn werden den amerikanischen Schutzschild niemals aufgeben und wünschen nicht, ihn durch den französischen Sonnenschirm zu ersetzen.»

Ist es demnach vernünftig, eine Prestigepolitik zu treiben, deren Kosten sich für die sechs verflissenen Jahre auf dreiunddreißig Milliarden Francs belaufen? Selbst wenn Frankreich ohne Gefährdung seiner Finanzlage imstande wäre, eine solche Ausgabe auf sich zu nehmen, bleibt die Tatsache, daß diese Politik die Wirkung hat, das Land aus dem Lager der freien Nationen mehr und mehr herauszulösen. Will es sich von diesen Vorstellungen nicht trennen, muß man den Abschluß eines endgültigen Abkommens zwischen den atlantischen Verbündeten ohne Frankreich voraussehen.

Der französische NATO-Vertreter gab im vergangenen Dezember, wie auch der Staatschef selbst in seiner Neujahrsansprache, zu verstehen, Frankreich könnte sich aus der internationalen Organisation zurückziehen, wenn ihm 1969, nach Ablauf des Atlantikpaktes, nicht eine befriedigende Reform des Bündnisses zugestanden werde. Die immer zuversichtlichen Amerikaner glauben, die französische Haltung werde für eine solche Änderung der Marschroute nicht genügen. Die deutsche Bundesregierung, die nach dem glücklichen Ausgang der Brüsseler Verhandlungen Lorbeeren erntete, unterstützt sie darin und würde eine geschmeidigere französische Haltung Amerika gegenüber begrüßen.

Noch dauert die Allianz an, aber wie lange? Im Elysée weiß man, daß die Verwirklichung der MLF die von den Verbündeten Frankreichs gewünschte politische Einigung Europas ernsthaft in Frage stellen

würde. Tatsächlich sieht man immer mehr zwei unvereinbare Konzeptionen des Bündnisses sich gegenüberstehen. Diejenige de Gaulles will nach wie vor die Allianz als reines Militärbündnis ohne Integration noch Abtretung von Hoheitsrechten auffassen, diejenige Amerikas, Englands, der Bundesrepublik, Hollands und Italiens — fast der Gesamtheit der NATO — wünscht eine politische und militärische Einheit herzustellen, damit sie angesichts der Herausforderung Sowjetrußlands eine einzige Macht darstelle. Für die «Europäer», das heißt trotz allem für eine große Zahl Franzosen, bleibt der Atlantikpakt, unabhängig von der Zurückhaltung, welche die amerikanische multilaterale Streitmacht einflößt, der einzig wirksame Schutzwall gegen die Bedrohung der beiden kommunistischen Giganten Rußland und China. Jede andere Konzeption wäre eine Chimäre und erwiese sich im Falle eines Konflikts zwischen Ost und West als schwächlich.

«Concorde» und Eintracht

Der Entschluß der englischen Regierung, auf das gemeinsam mit Frankreich zu bauende Überschallflugzeug «Concorde» zu verzichten, löste in Pariser politischen Kreisen eine starke Enttäuschung aus. Hunderttausend Arbeiter beidseits des Ärmelkanals werden von der Ausführung dieses Projekts betroffen, dem man um so freudiger zustimmte, als es die seit der englischen Aussperrung vom Gemeinsamen Markt bedauerlicherweise gelockerten Bande zwischen den beiden Ländern wieder gestrafft hätte. Kann Frankreich allein seine ganze Last tragen? Selbstredend nicht, und dies nicht nur der sehr hohen Konstruktionskosten wegen, sondern hauptsächlich deshalb, weil die französische Industrie heute nicht imstande ist, die für die «Concorde» benötigten Reaktoren herzustellen. Die Bundesrepublik würde, wie versichert wird, dank ihrer großen finanziellen Mittel dem Projekt Beistand leisten. England würde also die Reaktoren herstellen, auf welchem Gebiet es führend ist, die Deutschen würden sich mit den Franzosen in die Finanzierung des Unternehmens teilen. So wäre der Bau der «Concorde» möglich und

brächte zugleich einen unerwarteten Erfolg der europäischen Politik mit sich, die ihre Wirksamkeit und ihre Eintracht bezeugt.

Man muß freilich zugeben, daß trotz der negativen Erklärungen des Labour-Regierungschefs bisher nichts an den unterzeichneten Verträgen mit den Herstellerfirmen geändert wurde. Die British Aircraft Corporation, Sud-Aviation und Bristol Siddeley trieben ihrerseits die begonnenen Arbeiten voran, was im Augenblick, da in beiden Ländern diesen Industrien Arbeitslosigkeit droht, von kapitaler Bedeutung ist. Die Nachricht, daß die unterbrochenen Verhandlungen über diese wichtige Angelegenheit in Paris oder London wieder aufgenommen werden und, will man den gut informierten Kreisen Glauben schenken, die größten Hoffnungen erlauben, wurde mit Freude aufgenommen.

Inzwischen begegnen sich französische und englische Gewerkschaftler in London mit dem Ziel, auf ihre Regierungen einzuwirken, damit das Concorde-Projekt unter Bedingungen, die seinen Erfolg gewährleisten, weiter verfolgt werde. Waren auf französischer Seite alle am Projekt beteiligten Gewerkschaften vertreten, stellte man fest, daß auf englischer Seite einzig und allein die Gewerkschaft der «Techniker», am linken Flügel der Trade-Unions beheimatet, zur Unterredung eintraf.

Aus diesem Anlaß haben sich manche verwundert über die Einmischung der Gewerkschaften in den staatswirtschaftlichen Sektor und darüber hinaus ihre Einschaltung in den Staatsapparat selbst. Man versteht gewiß die Sorge der Gewerkschaftszentralen, den ihnen angeschlossenen Arbeitern vor allem den Arbeitsplatz zu bewahren, von dem sie leben. Doch kann man sich fragen, ob alle Gewerkschaften ehrlich sind, wenn sie bei dieser Gelegenheit die Aufnahme von Gesprächen mit dem Staat fordern. Anders ausgedrückt: Sind die Bedingungen eines loyalen und wirksamen Gesprächs erfüllt? Allein der Fall der CGT, der mächtigsten, unter kommunistischer Leitung stehenden Gewerkschaft Frankreichs, zeigt uns, daß ihre politischen Hintergedanken jeden Versuch einer Diskussion mit dem Staat müßig erscheinen lassen. Um, dem Wunsch gewerkschaftlicher Theoretiker gemäß, die demokratischen Einrichtungen zu stärken, wäre es besser, mit dem Willen voranzugehen, sie nicht zu zerstören. Die Angelegenheit der «Concorde» mit ihren bedeutsamen sozialen Folgen stellt die Widersprüche ins Licht zwischen einem autoritären Staat und einer Arbeiterklasse, die zu verteidigen strebt, was sie als ihr gesetzmäßiges Recht betrachtet.

Jean de Saint-Chamant

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Führungs-krise?

Wir Schweizer sind es gewohnt, von vielen Ausländern als eine Art von demokratischen Musterknaben hingestellt zu werden. Und wir selbst bemühen uns im allgemeinen, diesem Bild eines von Grund auf politischen Volkes so gut als möglich zu entsprechen. Aber neben der Legende vom vorbildlichen staatsbürgerlichen Sinn geht in der Umwelt noch eine andere Klischeevorstellung vom Schweizer um: jene von einer Nation rappenspaltender Egoisten, deren sonstige Ideale deutlich von einem nüchternen Geschäfts-

sinn überschattet seien. Wer die gegenwärtige innenpolitische Lage unvoreingenommen betrachtet, der kann sich des Eindrucks kaum erwehren, daß wir Gefahr laufen, uns diesem zweiten Klischee anzunähern und dabei einen guten Teil unserer staatsbürgerlichen Tugenden einzubüßen.

Unser Staatswesen hat zwar im vergangenen Jahr erneut eine erstaunliche politische Standfestigkeit bewiesen, als es die aus der «Mirage»-Angelegenheit resultierende Krise überwand. Aber schon da wurde mit aller Deutlichkeit sichtbar, daß die politische Führung an Sicherheit und damit an Ver-

trauenswürdigkeit verloren hat. Mehr denn je geht das böse Wort vom «helvetischen Malaise» um, wobei jedem persönlich überlassen bleibt, den Ursprung dieses Malaises zu lokalisieren. So hat eine Art Schwarzpeterpiel eingesetzt. In der Diskussion um die Konjunkturdämpfung wird die Verantwortung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, zwischen Politikern und Verbandsgewaltigen, zwischen Bund und Kantonen hin- und hergeschoben. In den Auseinandersetzungen um die Funktionsfähigkeit unseres Regierungssystems geht es ähnlich zu. Das Parlament, das sich in der «Mirage»-Krise ganz auf der Höhe der Lage zeigte, wird seine Reformvorschläge genau abwägen müssen, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, die Autorität der Exekutive durch neue Kontrollmöglichkeiten, die der Kleinlichkeit Tür und Tor öffnen, weiter zu unterhöhlen. Die Regierung ihrerseits wird die parlamentarische und öffentliche Kritik wieder vermehrt als das akzeptieren müssen, was sie entsprechend unserem Staatsgedanken sein soll: ein unentbehrliches Element positiver politischer Willens- und Entscheidungsbildung. Und auch das Volk darf sich bei der gegenwärtigen helvetischen Selbstprüfung nicht ausnehmen. Weite Teile scheinen zeitweise zu vergessen, daß in der Demokratie — und besonders in der Referendumsdemokratie — die höchste Gewalt beim Volk liegt. Nach einem klassischen Wort der Staatstheorie aber ist jeder Staat so viel wert wie sein Souverän. Wenn heute von einem Malaise gesprochen wird, so hat mit andern Worten das Volk als Souverän dafür sein Teil an Verantwortung mitzuübernehmen.

Staatsbürger oder Krämerseelen?

Der eingangs angedeutete Widerspruch zwischen staatsbürgerlicher Einsicht und überbordendem Geschäftssinn tritt vor allem beim gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Hauptproblem, der Konjunkturdämpfung, und hier wiederum am schärfsten bei der Fremdarbeiterfrage zutage. Nachdem während Jahren in regelmäßigen Abständen der Warnfinger vor der wachsenden Überfrem-

dungsgefahr aufgehalten und ebenso regelmäßig mit einem Achselzucken abgetan worden war, ist das Problem nun plötzlich zu einem Politikum ersten Ranges aufgerückt. Der Grund liegt nicht etwa in einer plötzlich durchbrechenden Klarsicht, obwohl die Konjunkturdebatte zusammen mit der ständigen Wachstumsrate der Fremdarbeiter die Erkenntnis um einiges förderte. Den eigentlichen Anstoß zur ernsthaften Auseinandersetzung bildete vielmehr das Einwanderungsabkommen mit Italien. Jetzt, als es galt, sich endlich einmal klar vor Augen zu halten, daß die Fremdarbeiterfrage zu einem Dauerproblem geworden ist, das zu zwischenstaatlichen Abmachungen und zu einer Art Normalisierung in dem Sinne führen muß, daß die fremden Arbeitskräfte von einem provisorischen in einen Dauerstatus mit dem Recht auf Familiennachzug zu versetzen sind, wurden plötzlich allenthalben Bedenken laut.

Wir wollen nicht übersehen, daß das Abkommen zum Katalysator teilweise lange aufgetauter Gefühle geworden ist und daß sich dabei aus der vorübergehend überhitzten Stimmungslage heraus Reaktionen ergaben, die möglicherweise ebenso schnell wieder in sich zusammenfallen werden, wie sie entstanden sind. Sie müssen aber doch im Auge behalten und ins rechte Licht gerückt werden. Wenn da und dort offener Fremdenhaß bekundet und geschürt wurde, der an üble ausländische Beispiele erinnert, so ist das ganz einfach unentschuldigbar. Die Fremdarbeiter sind gekommen, weil wir sie gebraucht haben und weiterhin brauchen. Und wenn sie menschlich behandelt werden wollen, so ist das gerade in einem Lande, dessen Bewohner sich immer viel auf ihre humanitäre Einstellung zugute gehalten haben, ganz gewiß kein Ansinnen, das mit Haßtiraden beantwortet werden darf. «Wir können uns keine Politik auf Kosten der Menschlichkeit, keinen Abstrich an der Menschlichkeit erlauben, sondern nur einen Abstrich am Bestand der ausländischen Arbeitskräfte», hat Dr. Gerhard Winterberger kürzlich in einem lesenswerten Aufsatz unter dem Titel «Überfremdung und Überexpansion» (NZZ, Nr. 105 vom 11. Januar 1965) mit Recht ge-

schrieben. Wir wollen doch unseren staatspolitischen Grundsätzen treu bleiben und nicht zu engstirnigen Krämerseelen herabsinken, die alles nach dem augenblicklichen Vorteil bemessen und jegliche Voraussicht und jeglichen Blick auf das langfristige Gemeininteresse vermissen lassen.

Jenseits aller Prestigefragen

Es soll in diesem Zusammenhang auch klar und deutlich gesagt werden, daß das Problem der Überfremdung und Überexpansion allzu schwerwiegend nicht nur für unsere wirtschaftliche, sondern auch für unsere politische Existenz ist, als daß es für parteipolitische Sonderzügelein, wie es einzelne Parteien versucht haben, ausgenützt werden könnte. Es ist auch zu ernst, als daß es mit Prestigefragen verkoppelt werden dürfte. Man wird gewiß Verständnis aufbringen für die Lage der Gewerkschaften. Sie haben sich von jeher für die Besserstellung der Arbeitnehmer eingesetzt, wobei sich der Akzent in den letzten Jahren gemäß dem «Zug der Zeit» auf die Arbeitszeitverkürzung verschoben hat; man wird dabei den schweizerischen Gewerkschaften zubilligen müssen, daß sie, insbesondere seit dem Zweiten Weltkrieg, maßvoll vorgegangen sind. Daß nun selbst in Arbeiterkreisen die Überlegung Anklang findet, es wäre vielleicht zumindest vorübergehend wieder «zeitgemäßer», mehr und nicht weniger zu arbeiten, mag sich schlecht in die gegenwärtige «Gewerkschaftsideologie» einfügen; das ändert aber nichts daran, daß sich diese Überlegung jenseits von allen Ideologien ganz einfach aufdrängt.

Wenn das sozialistische «Volksrecht» demgegenüber feststellte: «Höherer Lohn und nicht längeres Arbeiten sollte im zwanzigsten Jahrhundert eigentlich die Lösung sein», so ist dies ein klassisches Beispiel jener Sichtweise, die nur sieht, was sie sehen will. Und wenn gar der Christlichnationale Gewerkschaftsbund in diesem Dilemma allen Ernstes den Versuch unternommen hat, sich die unbequeme Frage durch eine Gegenattacke vom Hals zu schaffen mit dem Vor-

schlag, militärische Wiederholungskurse ausfallen zu lassen, so ist dieser indirekte Anschlag auf unsere Milizarmee eine Entgleisung, die hoffentlich in ihrer Art einmalig bleibt.

Diese Hoffnung, das muß gleich beigelegt werden, entbehrt nicht der Grundlage. Bei aller vorübergehenden Verwirrung unter den Strategen der Gewerkschaftspolitik deutet einiges darauf hin, daß auch in diesem Falle die Vernunft obsiegen wird. Eine elastische Politik dürfte auch den Arbeiterführern um so leichter fallen, als die Arbeiterschaft selbst den Ernst der Lage im allgemeinen klar erkennt. Wenn in einer Umfrage des Landesverbandes freier Schweizer Arbeiter von 672 teilnehmenden Mitgliedern nur ein einziger die weitere Verkürzung der Arbeitszeit als wichtigstes Postulat der Arbeitnehmerschaft bezeichnete und wenn andererseits zwei Drittel der Antworten die Reduktion der Fremdarbeiterzahl als dringlichstes Problem anführen, so ist das ein deutlicher Beweis dafür.

Niemand wird von der Arbeitnehmerschaft erwarten, daß sie in der ganzen Angelegenheit die Zeche bezahlen wird, wie dies einige Linksblätter behauptet haben. Was aber im Interesse der Gesamtheit erhofft und erwartet werden darf, ist ein allseitig ehrliches Bemühen, eine tragbare Lösung des schwerwiegenden und vielschichtigen Problems zu finden. Das wird auch dann noch schwierig genug sein, wenn die Angelegenheit nicht mit Prestigefragen und Sonderzügelein verquickt wird. Nachdem unsere Öffentlichkeit nun endlich wirklich alarmiert ist, sollte der Weg möglichst rasch für möglichst konstruktive Lösungen freigemacht werden.

Eine Million!

Wir können uns keinen weiteren Aufschub mehr leisten. Fachkreise schätzen den Ausländerbestand, unter Einschluß der Niedergelassenen, auf eine Million. Das ist ein Sechstel der Gesamtbevölkerung; in bezug auf die arbeitende Bevölkerung dürfte der ausländische Anteil noch wesentlich höher sein. Die Schweiz liegt damit deutlich an der

Spitze aller Länder; in der Bundesrepublik Deutschland zum Beispiel beträgt die Ausländerquote 1,2 Prozent, in Holland 0,3 und in Norwegen 0,4 Prozent. Damit ist das Assimilationsvermögen unseres Volkes bei weitem überfordert. Gerade in einem Land, dessen politische Stabilität nicht zuletzt auf der starken Verwurzelung des einzelnen in Gesellschaft und Staat beruht, ist dies ein höchst bedenklicher Zustand. Zwar kann vorläufig — im Gegensatz zur Zeit vor dem Ersten Weltkrieg — kaum von einer Verfälschung unseres Volkscharakters gesprochen werden. Die Fremdarbeiter sind vorwiegend in Hilfsarbeiterstellungen ohne geistigen Einfluß tätig. Zudem führen sie gesellschaftlich in ihrer Mehrheit eine deutlich abgehobene Sonderexistenz. Ist damit also kaum von einer kulturellen Überfremdung zu reden, so steht andererseits diese Absonderung einer zahlenmäßig starken und relativ geschlossenen Bevölkerungsgruppe in krassem Gegensatz zu unseren staatspolitischen Grundsätzen, ganz abgesehen davon, daß dieser Zustand kaum von Dauer sein kann: Das Problem der Assimilierung läßt sich langfristig nicht umgehen. Es wird übrigens selbst bei einer erfolgreichen Plafonierung der Fremdarbeiterzahl noch immer schwer genug zu lösen sein; denn es ist erwiesen, daß die Bevölkerungsvermehrung bei den Ausländern größer ist als bei den Einheimischen. In Zürich zum Beispiel betrug 1963 der ausländische Geburtenanteil 27,3 Prozent, obwohl der ausländische Bevölkerungsanteil nur 15,2 Prozent ausmachte!

Fragwürdige Wirtschaftlichkeit

Damit ist auch gleich angedeutet, daß beim heutigen Ausländerbestand gewisse Nachteile immer stärker ins Gewicht fallen. So ist nicht mehr zu übersehen, daß die sogenannte Infrastruktur über Gebühr belastet wird. In den Frauenspitälern etwa ist der ausländische Anteil außerordentlich hoch. Auch schulpolitisch stellen sich schwere Probleme. Immer mehr tritt zudem der Fall ein, daß ausländische Arbeitskräfte angeworben werden, um Wohnungen, Arbeitsplätze und öffentliche Einrichtungen für die Ausländer herzustellen.

Darüber hinaus sind die Fremdarbeiter im Gegensatz zum Beginn der Einwanderungsflut nicht mehr so sehr aufs Sparen bedacht; sie geben auch in der Schweiz mehr aus und tragen so ebenfalls zur Überhitzung der Konjunktur bei.

Damit stellt sich die Frage nach der Wirtschaftlichkeit der Fremdarbeiter immer schärfer. Um jedes Mißverständnis auszuschalten: Sie waren für den wirtschaftlichen Aufschwung der Nachkriegszeit unentbehrlich, und sie bleiben es weiterhin. Es geht lediglich um die Fixierung jener zahlenmäßigen Grenzwerte, bei denen die Nachteile zu überwiegen beginnen. Und diese Grenze scheint in verschiedener Hinsicht längst überschritten zu sein. Zunächst ist darauf zu verweisen, daß die Auslandabhängigkeit unseres Arbeitsmarktes im Grunde genommen katastrophale Ausmaße angenommen hat. Sollte diese Abhängigkeit von außen einmal zielbewußt ausgenützt werden, so ist schwer abzusehen, wie allfälligen erpresserischen Versuchen begegnet werden könnte.

Aber auch eine ökonomische Betrachtung im engeren Sinn kommt zu immer negativeren Ergebnissen. In seinem eingangs zitierten Aufsatz führt Dr. Winterberger an, daß heute der Investitionsaufwand für einen Arbeitsplatz, unter Einbezug der Belastung von Infrastruktur und öffentlichen Diensten, auf mehr als 100 000 Franken geschätzt wird, während der Produktionsbeitrag eines Gastarbeiters zwischen 15 000 und 18 000 Franken ausmacht. Der Investitionsüberhang pro Arbeitsplatz ist also so hoch, daß man ernstlich nach der Wirtschaftlichkeit fragen muß, besonders wenn man bedenkt, daß die Qualität der Fremdarbeiter eher abnimmt.

Ein Circulus vitiosus

Wenn es also eine Überfülle von Argumenten für einen Fremdarbeitstopp gibt, so ist aber andererseits beizufügen, daß damit praktische Konsequenzen verbunden sind, die wir auch nicht eben leicht verdauen werden. Wo sind die Schweizer, welche die Arbeitsplätze der Fremdarbeiter wieder übernehmen? Die schweizerische berufstätige Bevölkerung hat

eine Umstrukturierung durchgemacht. Es ist nicht mehr so leicht, Einheimische zu finden, die auch die «schmutzige» Arbeit übernehmen. Natürlich besteht in manchen Fällen die Möglichkeit der Automatisierung und Rationalisierung. Aber dafür ist Kapital notwendig, das immer rarer wird. Und der durch solche Investitionen gesteigerte Maschinenbedarf kann auch nur durch gesteigerte Produktivität einzelner Zweige befriedigt werden. Eine Plafonierung der Fremdarbeiterzahl wird außerdem die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschärfen und damit einen zusätzlichen Lohnauftrieb auslösen, der konjunkturpolitisch höchst unwillkommen wäre. Die Aussicht, daß die Gewerkschaften unter diesen Umständen zu einem Lohnstopp Hand bieten könnten, muß als gering bezeichnet werden. Wie weit etwas Erleichterung geschaffen werden kann durch Arbeitszeitverlängerung, läßt sich noch nicht abschätzen. Das müssen die Sozialpartner erst noch unter sich ausmachen. In jedem Falle aber läßt sich das Problem allein auf diesem Wege auch nicht lösen.

Der Bundesrat ist also nicht um die Aufgabe zu beneiden, praktische Lösungen der Plafonierung zu finden, die auch Gewähr bieten, konsequent und gerecht angewendet zu werden. Es wird nötig sein, differenziert vorzugehen — aber auch wieder nicht so differenziert, daß die Maßnahmen technisch allzu schwerfällig werden. Die Lage ist zudem nicht in allen Branchen gleich. Auch

wäre es beispielsweise sicher zweckmäßig, die Grenzgänger gesondert einzustufen, denn sie belasten weder die Infrastruktur, noch sind sie ein Faktor der Überfremdungsfahr.

Entscheidend sind aber letzten Endes nicht in erster Linie solche Einzelheiten. Entscheidend ist vielmehr die Einstellung der Sozialpartner und der Behörden wie der Öffentlichkeit überhaupt. Man wird auch in dieser Zwangslage nicht darum herumkommen, berechtigten Sonderinteressen angemessen Rechnung zu tragen. Es darf aber erwartet werden, daß diese Sonderinteressen wieder vermehrt dem Gemeininteresse untergeordnet werden. Es sollte gelingen, die Erscheinungen einer gewissen Desintegration der Öffentlichkeit im allgemeinen wie der Wirtschaft und der politischen Führung im besonderen, wie sie in letzter Zeit registriert werden mußten, wieder zu überwinden. Dann wird auch die Lösung der schwierigen Sachfragen wieder leichter fallen. Vieles hängt mit andern Worten von der völligen Wiederherstellung der Vertrauensbasis zwischen Volk und Behörden, aber auch zwischen den Sozialpartnern ab. Diese Wiederherstellung aber kann nicht von den höchsten Trägern der politischen und wirtschaftspolitischen Verantwortung allein herbeigeführt werden. Sie ist nur dann möglich, wenn alle Kreise dazu willens sind und aktiv ihren Beitrag leisten.

Spectator

PRIVATE ENTWICKLUNGSHILFE IN DER SCHWEIZ

«Der Ausdruck ‚Entwicklungsland‘ empfiehlt sich aus Gründen der Höflichkeit, aber nicht der Präzision¹.» Dieser Satz läßt sich sinngemäß auf die «Entwicklungshilfe» anwenden, besonders dann, wenn man sich die zahlreichen Gründe vergegenwärtigt, aus denen heraus diese Hilfe geleistet wird. Hier eine eindeutige Grenzziehung festzulegen, fällt schwer. Überdies steht dem *Appell zur Hilfe* die Forderung nach *Recht auf Hilfe* gegenüber.

Die Vertreter Lateinamerikas beispielsweise formulierten ihre Haltung vor der Genfer Welthandelskonferenz der UN im März 1964 in der «Akte von Alta Gracia», die eine eigentliche Neustrukturierung des Welthandels umschrieb und Forderungen nach größeren handelspolitischen Entgegenkommen gegenüber den Entwicklungsländern und nach einer Neuorganisierung der internationalen Finanzinstitute unter ihrer Mitwirkung stellte. Die weitgespannten Vorschläge

schließlich, die im Prebisch-Bericht (nach dem Generalsekretär der Welthandelskonferenz so benannt) niedergelegt wurden, gaben und geben heute noch Anlaß zu einer nicht ungefährlichen illusionären Entwicklungspolitik; sie umreißen aber jene neuen Grenzen, innerhalb derer Entwicklungshilfe heute diskutiert und geleistet werden muß.

Einen Modellfall dieser Situation bot die Tagung der Stiftung «Im Grüene» im November, die *Private Entwicklungshilfe schweizerischer Unternehmungen — Erfahrungen und Folgerungen* diskutierte. Dr. P. Gloor versuchte «Grundsätzliche Unterschiede karitativer, privatwirtschaftlicher und staatlicher Entwicklungshilfe» aufzuzeigen, vermochte aber im Hinblick auf die Motive auch nicht mehr als einen Annäherungswert glaubhafter Beweggründe zu umschreiben. Aufschlußreicher waren die Beiträge, die Beispiele privater, nichtkommerzieller Entwicklungshilfe schilderten. Hier zeigte es sich, daß nicht alle das Attribut nichtkommerzieller Hilfe für sich beanspruchen konnten und daß die Motive und Ziele wohl eher auf eine spezifisch schweizerische Variante der Entwicklungshilfe weisen als eine eindeutige Klärung der Begriffe abgeben. Die Schweiz, das darf man wohl in diesem Zusammenhang sagen, hat von der Plattform des Neutralen aus beinahe a priori eine Vorzugsstellung und damit auch Chancen, die es zu nützen gilt.

So zielen diese Bestrebungen vor allem auf die Ausbildung von Fachkräften, ganz im Gegensatz zu jener häufigen Politik des schlechten Gewissens, die sich in Renommierbauten und -projekten ihr fragwürdiges Denkmal setzt. Dr. Hans Schindler, der Präsident der Schweizerischen Stiftung für Technische Entwicklungshilfe, stellte das schweizerisch-indische Ausbildungszentrum in Chandigarh vor. Die Ausbildung von Feinmechanikern unter allmählicher Zuziehung einheimischer Lehrer zeigt, was phantasievolle und verantwortungsbewußte Entwicklungshilfe zu leisten imstande ist. Die wohl eindeutigste Antwort auf die bohrenden Zweifel bezüglich der Beweggründe gab Professor Dr. Rudolf Geigy, der Direktor des Schweizerischen Tropeninstituts in Basel. Das «Rural Aid Centre» in Ifakara (Tanga-

njika) bildet Medizingehilfen aus, die die wichtige und entscheidende Aufgabe der hygienischen und medizinischen Betreuung der Bevölkerung übernehmen². Es ist vorgesehen, diese Außenstation später ganz der Medical School in Dar-es-Salaam einzugliedern — ohne schweizerische Einflußnahme. Gerade weil dieses Wagnis eingegangen wird, gewinnt das humanitäre Motiv seine Glaubwürdigkeit. Professor Geigy wies auch auf den wichtigen Umstand hin, daß der persönliche Erfahrungsschatz und die Charakterbildung der Schweizer Lehrkräfte, kurz, der Kontakt mit der Welt, auch in der Lage ist, die Verstocktheit etwas zu lösen und zugleich den daraus erwachsenden Gewinn einzugestehen. In dieser Richtung sieht er Möglichkeiten, die auch von anderen Referenten und Gesprächsteilnehmern unterstützt wurden, in der Ausbildung doppelter Kader, die in ihrem Mutterhaus in der Schweiz verankert, in einer steten Rotation ihre Arbeit ausführen könnten.

Der Gruppe der nichtkommerziellen Entwicklungshilfe war auch das Referat von Charles H. Hochstrasser über die Verkaufsorganisation «Migros Türk» zugeordnet. Es blieben aber einige Vorbehalte gegenüber ihrer rein ideellen Zielsetzung stehen.

Direktor Michael Kohn von der Motor-Columbus stellte von seinem Standort aus einige der hier aufgeworfenen Fragen in größere Zusammenhänge: Seine Arbeit bei der Beratung und Vorprojektierung steht nicht im Licht der Öffentlichkeit, sie bietet aber gerade für das «Wie» der Entwicklungshilfe willkommenes Material. Die erste Voraussetzung konstruktiver Aufbauarbeit besteht im gegenseitigen Vertrauen. Erst daraus wächst das Projekt und dessen Verwirklichung. Dabei geht es darum, das Maß des Vernünftigen zu finden und den etappenweisen Ausbau (bei Elektrizitätsversorgungen zum Beispiel) vom Kleinen ins Große wachsen zu lassen. Seine Firma führt solche Projekte auch im Auftrag der Weltbank aus — hier werden dann die herkömmlichen Dimensionen privater Entwicklungshilfe gesprengt.

Aus der Fülle des gebotenen Stoffes dieser zwei Tage dauernden Tagung seien nur noch

einige wenige Tatbestände berücksichtigt. Der Vizedirektor der Handelsabteilung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes, Dr. E. Moser, stimmte seine kurze Betrachtung zur Genfer Welthandelskonferenz auf das Leitwort *Solidarität und Interesse* ab. Das Schwergewicht liegt auf handelspolitischen Maßnahmen und nicht in der direkten Finanzhilfe. Es wird eine weltwirtschaftliche Ordnung angestrebt, in der die Entwicklungsländer auf verschiedenen wirtschaftlichen Stufen als Partner auftreten und langsam das Gewicht des klassischen Welthandels zu verändern beginnen. Mit diesen Ausführungen schnitt er das Thema der staatlichen Hilfe an, das in der Folge vor allem von Botschafter Dr. A. Lindt, dem Delegierten des Bundesrates für technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern, behandelt wurde. Die Hilfe des Staates erfolgt auf indirektem Weg. Dies kann sowohl über internationale Kanäle (GATT) erfolgen wie über Investitionsschutzabkommen. Diese Maßnahmen werden vor allem im Hinblick auf relativ entwickelte Länder getroffen. In Ländern ohne genügende Wirtschaftsstruktur hingegen muß der Staat die Initiative ergreifen. Hier könnte eine Aufgabenteilung einsetzen, die unnötige Konkurrenzierungen zwischen der Privatwirtschaft und dem Staat vermeiden könnten.

Als weiteres Instrument wäre die Exportrisikogarantie zu nennen, die als Selbstschutz aus den dreißiger Jahren ein bedeutender Faktor der heutigen Entwicklungshilfe geworden ist. Die Forderung nach der Investitionsrisikogarantie wird vom EVD gegen-

wärtig geprüft, und man darf wohl in nächster Zeit auf eine Stellungnahme hoffen.

Durch Vorbehalte, vor allem aus der Industrie, war schließlich der Vorschlag belastet, eine zentrale Informationsstelle für Fragen der Entwicklungshilfe zu schaffen. Hier herrscht wohl ein Mangel, indessen darf doch bemerkt werden, daß auch in der Richtung der Informationsträger, der Zeitungen also, der Anspruch gestellt werden muß, sich vermehrt eigenständig mit diesen Fragen auseinanderzusetzen. Druckreife Informationen allein genügen noch nicht für eine adäquate Behandlung des Stoffes. Die Wünsche in Richtung Bern müßten also von einem klar erkennbaren Willen beseelt sein, selbst zur Verarbeitung und Darstellung mehr Wissen und Mittel einzusetzen.

Die Veranstaltung vermochte wohl einige konkrete Möglichkeiten aufzuzeigen, ließ aber ebenso viele Fragen bezüglich der Motive offen. Für einmal kann und darf man daher dem Stifter dieses Studienzentrums, Gottlieb Duttweiler, zustimmen, dessen aphoristische Weisheit zitiert wurde, wonach es zwischen kurz- und weitsichtigen Egoisten zu unterscheiden gelte.

Carl Holenstein

¹Richard F. Behrendt, *Dynamische Gesellschaft*, Bern 1963, S. 134. ²Vergleiche dazu «Mondo» (Schweizerische Zeitschrift für Entwicklungsfragen), Heft 1/Februar 1962. Leider mußte «Mondo» sein Erscheinen zu Beginn dieses Jahres einstellen — ein Verlust, für den kein Ersatz in Aussicht steht.